
Verbot und Verzicht

Politik aus dem Geiste

des Unterlassens

Philipp Lepenies

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2787

Ein Reflex lähmt die politischen Debatten um den Klimawandel. Sobald es um Maßnahmen geht, die Einschränkungen bedeuten, ist die Empörung groß: Tempolimit? Der sichere Weg in die Ökodiktatur! Veggie-Day? Das war's mit dem Nackensteak! Dabei waren Verbot und Verzicht lange bewährte Instrumente, um Ressourcen zu schonen oder ökologische Krisen zu bewältigen. Man denke nur an das FCKW-Verbot.

Philipp Lепенies untersucht die Ursprünge dieser eingeübten Fundamentalopposition. Er führt sie auf die neoliberale Haltung zurück, die im Staat einen Gegner sieht und individuelle Konsumententscheidungen über moralische und ökologische Bedenken stellt. Dieser Geist falsch verstandener Freiheit hat allerdings eine Politik des Unterlassens hervorgebracht, die sich scheut, das Offensichtliche auszusprechen: dass eine sozialökologische Transformation ohne Verbot und Verzicht nicht gelingen wird.

Philipp Lепенies, geboren 1971, ist Ökonom und Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Suhrkamp Verlag ist von ihm zuletzt erschienen: *Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts* (es 2673).

Philipp Lepenies

Verbot und Verzicht

Politik aus dem Geiste des Unterlassens

Suhrkamp

Dieses Buch wurde klimaneutral produziert.



Erste Auflage 2022

edition suhrkamp 2787

Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2022

Alle Rechte vorbehalten.

Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text
und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12787-2

www.suhrkamp.de

Inhalt

Die Unausweichlichkeit von Verbot und Verzicht – eine
Vorbemerkung 7
Einleitung: Nachhaltige Entwicklung und Verbotspolitik 9

I Die Argumente des Unterlassens 27

Pervertierung 30 – Nutzlosigkeit 32 – Gefähr-
dung 34 – Illegitimität 36

II Verzicht – Geldmachen und Affektkontrolle 41

Entgegenwirkende Leidenschaften 42 – Interesse 46
– Wirtschaftliche Tätigkeit 49 – *Doux Commerce* und
die zivilisatorischen Effekte des Geldmachens 53 –
Konsumverzicht und der Geist des Kapitalismus 61 –
Eigeninteresse und Allgemeinwohl 68

III Verbot – Der Staat als Gegner 74

Staat versus individuelle Freiheit: Hayek und der Weg in die
Knechtschaft 76 – Die Rolle des Individuums 86 –
Unerwarteter Erfolg 91 – Das Individuum als Held, der
Staat als Teufel: Ayn Rand 96 – Der Kampf um Ideen:
Unternehmer, Think-Tanks und die *Mont Pèlerin Socie-*
ty 100 – Die 24 Eier des Antony Fisher 111 – Chi-
cago und die Verfassung der Freiheit 115 – Die Rhetorik
der Freiheit: Das neorömische Erbe Englands 121 –
Atlas 125 – Hayeks Ideen erstrahlen 132 – Milton

Friedman 140 – Das amerikanische *Road to Serfdom: Capitalism and Freedom* 148 – Wettbewerb im Bildungssektor 152 – Die Friedman-Doktrin: Die Rolle von Unternehmern 155 – Stockholm ruft 158 – Fernsehen und *Free to Choose* 160 – Umwelt 163 – Der Staat als Problem 168 – Sozialismus, überall Sozialismus! 171

IV Konsum I – Konsumentensouveränität und Douce Consommation 178

Wenige konsumieren, alle werden glücklich 179 – Liebe und Geltungskonsum 183 – Konsum und die Vorzüge der Ungleichheit 186 – Von der Rückständigkeit des Geldausgebens 189 – Verbraucherdemokratie 192 – Konsumentensouveränität 199 – Douce Consommation: Der milde, süße Konsum 212

V Konsum II – Konsumtristesse und ungebremste Affekte 218

Massenkonsum als Realität und Ideal 219 – Konsumkultur 225 – Konsumkritik der Postmoderne 231 – Wiederkehr des Affekts 237 – Digitalisierung und Affekte: Der Konsument wird zum Tyrannen 240

Schluss: Politik aus dem Geiste des Unterlassens 251

Die Unausweichlichkeit von Verbot und Verzicht – eine Vorbemerkung

Um den Klimawandel aufzuhalten oder zumindest abzuschwächen, müssen wir unsere Art zu leben grundlegend verändern. Wir stehen vor einer umfassenden Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit. Diese wird staatlich gelenkt werden. Verbot und Verzicht werden eine wesentliche Rolle spielen. Nicht die alleinige, aber eine zentrale. In den letzten Jahren hat sich allerdings eine politische Haltung herausgebildet, die Verbote und Verzicht als staatliche Steuerungsinstrumente immer stärker und immer lauter ablehnt. Gleichzeitig wird das Anrecht auf jedwede individuelle Konsumententscheidung als unveräußerliches Freiheitsrecht zunehmend emotionaler, angespannter und aufgeregter verteidigt. Dieses Buch beschreibt, wie es dazu kommen konnte, dass zum einen dem demokratisch legitimierten Staat die Fähigkeit und das Recht abgesprochen wird, das Verhalten seiner Bürger zu regeln, und zum anderen unbegrenzter individueller Konsum als freiheitliche Norm idealisiert wird.

Das Interesse an dieser Frage ist nicht nur historisch. Ich werde zeigen, dass die hier behandelten Glaubensgrundsätze aus einer Haltung resultieren, die Demokratie und demokratische Prozesse kritisch beurteilt. Stattdessen stehen für sie die ökonomische Logik des Wettbewerbsmarktes und die individuelle Nutzenmaximierung als soziale Ordnungsprinzipien an erster Stelle. Die Digitalisierung hat diese Tendenz in den letzten Jahren drastisch verstärkt. Die Folge ist eine starre, mehr und mehr hysterische und in ihren Konsequenzen fatale Abwehrreaktion gegenüber Transformation

und persönlichen Einschränkungen. Sie gefährdet die Überlebensfähigkeit unserer Demokratie. Schließlich zerstört diese Haltung immer augenscheinlicher die Elemente, auf denen zivilisatorischer und demokratischer Fortschritt beruht: Affektkontrolle und Gemeinwohlorientierung.

Einleitung

Nachhaltige Entwicklung und Verbotspolitik

Vor rund einer Dekade, im Jahr 2011, veröffentlichte der 1992 gegründete Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ein Gutachten mit dem Titel *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Die Autoren beriefen sich auf das kurz zuvor in einem aufsehenerregenden Fachartikel vorgestellte Konzept planetarer Belastungsgrenzen (*planetary boundaries*): Wenn die Stabilität des gesamten Erdsystems gewährleistet bleiben soll, dürfen demnach bestimmte *tipping points* nicht überschritten werden. Um dieser Gefahr vorzubeugen, so die Schlussfolgerung des Gutachtens, sei es dringend nötig, unsere vorherrschenden Konsum- und Produktionsmuster zu verändern.¹

Bereits 1987 hatte der *Brundtland-Bericht* der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass eine alternative, *nachhaltige Entwicklung* notwendig sei.² Doch der einzige gemeinsame Nenner, auf den man sich seither politisch hat einigen können, ist die Einsicht, dass ein business as usual nicht zukunftsfähig ist. Eine umfassende Aufforderung zur Transformation wurde damit nie verbunden. »Nachhaltige Entwicklung« war lange eine rhetorische Floskel, zu der sich jeder bekennen konnte, ohne damit wirklich eingreifende

- ¹ Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin 2011.
- ² United Nations, *Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development*, New York 1987.

Maßnahmen zu verbinden. Dank der naturwissenschaftlichen Konkretisierung und indikatorgestützten Quantifizierung der planetaren Belastungsgrenzen wurden die Risiken und Konsequenzen der Beibehaltung des momentanen Lebensstils jedoch plötzlich mit einer viel größeren Dramatik und Präzision sichtbar. Auch der zum damaligen Zeitpunkt medial verbreitete Begriff des Anthropozän für ein vom Menschen dominiertes Erdzeitalter verdeutlichte, dass konkretes Handeln erforderlich war.³ Die Behauptung, ein menschengemachter Klimawandel existiere nicht, wurde in dieser Zeit endgültig zur Minderheitenmeinung.

Ein Umsteuern, allen voran eine umfassende Dekarbonisierung zur Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung – neben anderen Maßnahmen zum Schutz von Biodiversität, Böden, Ozeanen und der Luft –, wurde offenkundig in so vielen Bereichen nötig, dass von einer *großen Transformation* zu sprechen angemessen schien. Dass diese mit Einschnitten und damit zwangsläufig mit Verbot und Verzicht einhergehen würde, machte der WBGU deutlich, indem er sich in seinem Gutachten für die Aushandlung eines neuen Gesellschaftsvertrags aussprach. So wie sich in der klassischen Vertragstheorie die Menschen aus freien Stücken einer Regierungsform unterwerfen, um dem Chaos des Naturzustandes zu entgehen und somit ein Stück ihrer persönlichen Freiheit aufgeben, so müsse auch heute das gesellschaftliche Leben neu geregelt werden, um den Fortbestand der Menschheit auf dem Planeten Erde zu sichern. In einem wie auch immer gearteten neuen Gesellschaftsvertrag würden sich die Menschen darauf einigen, dass zum Wohl aller

3 Paul Crutzen, »Geology of Mankind«, in: *Nature* 415 (2002), S. 23.

und zum Wohl zukünftiger Generationen Veränderungen notwendig seien. Ob nun explizit formuliert oder nicht: Das Gutachten legte nahe, dass bestimmte Dinge – aus guten Gründen – in Zukunft verboten würden und die Menschen Verzicht üben müssten.

Die Presseresonanz war schroff. In der *Welt* sprach ein Autor von »Ökodiktatur pur« sowie von antidemokratischem und jakobinischem Denken.⁴ In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nahm man Anstoß an der Vorstellung eines »gestaltenden Staates«, dessen Aktivitäten nur »einem seltsamen Demokratieverständnis« entsprungen sein konnten. Die Aufforderung zur Transformation wurde als absurde Spinnerei abgetan.⁵ Neben dem immer wieder beschworenen Drohszenario einer *Ökodiktatur* ist seitdem vor allem die *Verbotspolitik* zu einer im politischen Diskurs reflexartig und inflationär genutzten rhetorischen Floskel geworden. Sie wird verwendet, um auf vorgeschlagene Maßnahmen zu reagieren, die das Konsumverhalten der Bürger vor dem Hintergrund einer Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit verändern wollen, sei es durch ein Tempolimit auf Autobahnen, die Reduzierung von Fleischkonsum oder das Verbot von Plastikverpackungen oder Inlandsflügen.

Die Empörung über eine Verbotspolitik richtet sich in Deutschland in den meisten Fällen gegen die Vorschläge einer der im Bundestag vertretenen Parteien, die Grünen. Da-

4 Fritz Vahrenholt, »Ökodiktatur pur«, in: *Die Welt* (27. Mai 2011); online verfügbar unter: {https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article13397280/Oekodiktatur-pur.html} (alle Internetquellen, so nicht anders vermerkt, Stand November 2021).

5 Carl Christian von Weizsäcker, »Die Große Transformation: Ein Luftballon«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30. September 2011), S. 12.

her ist häufig auch von »grüner Verbotspolitik« die Rede. Beschleunigendes Ereignis war dabei der kurz vor der Bundestagswahl 2013 von der Partei gemachte Vorschlag, in Kantinen einen wöchentlichen Veggie-Day einzuführen. Die politische und mediale Entrüstung, die auf diese Idee folgte, sucht in der Geschichte der Bundesrepublik ihresgleichen. »Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten«, titelte die *Bild-Zeitung*, von »Grüner Umerziehung«, vom ersten »Baustein für die grüne Bundes-Verbots-Republik« sprach der damalige CDU-Generalsekretär.⁶

Prominente Vertreter der Grünen betonten daraufhin, es hätte sich mitnichten um ein Verbot, sondern lediglich um einen Vorschlag gehandelt. Dennoch blieb das Attribut der »Verbotspartei« haften. Das liegt nicht unbedingt daran, dass man der Partei einen besonderen Hang zu Verboten nachsagen könnte. Vielmehr sind es die anderen Parteien, die sich mit konkreten, das Verhalten der Bürger verändernden Transformationsvorschlägen zurückhalten. Sie umgehen so geschickt das Risiko, dass man ihnen denselben Vorwurf machen könnte, den sie nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit zu erheben.

Der Vorschlag zur Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen scheint in Deutschland besonders geeignet, um eine lautstarke Gegenwehr hervorzurufen, die den vermeintlich religiösen Fanatismus hinter der Einschränkung der persönlichen Freiheit geißelt. So schrieb der Chefredakteur einer großen Tageszeitung im Jahr 2013 unter der Überschrift: »Tempolimit – Auf dem Weg zum unmündigen Bürger« oh-

6 Hauke Janssen, »Die Furcht vor der grünen Umerziehung«, in: *Der Spiegel* (9. September 2013); online verfügbar unter: {<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/veggie-day-gruene-regen-fleischverzicht-an-a-915657.html>}.

ne jeden Anflug von Ironie: »Die Autobahn symbolisiert einen Raum maximaler Freiheit – in einem Land, das weitgehend lahmreguliert worden ist. [...] Die Existenz aber solcher Freiräume provoziert den eifernden Gegenwarts-Pietismus, der in Gestalt der rot-grünen Opposition den Alltag der Menschen mit einem Katechismus umfassend regeln will.« Anscheinend war das Ideal dieser Parteien »ein Überstaat«, der »möglichst umfassend in die Freiheitsrechte seiner Bürger eingreift, um diese zu einem lahmen, anständigen und naturgefälligen Leben ohne luxuriöse Extravaganzen zu zwingen«.⁷

In letzter Zeit hat sich der Vorwurf der *Verbotspolitik* jedoch auf fast jede Form geplanter politischer Veränderungen ausgeweitet – sogar auf die, die von der Regierung in Angriff genommen werden. Der Begriff ist überall. In Verlautbarungen des Bundesverbandes Rind und Schwein (»Verbotspolitik der Bundesregierung gefährdet Landwirtschaft«⁸) ebenso wie in Statements der Chef-Lobbyistin der Autobauer (»Fortschrittswachstum statt Verbot und Verzicht«⁹). Selbst Regierungsmitglieder versuchen bewusst, sich in diesem Sin-

7 Ulf Poschardt, »Wer bremst, verliert. Tempolimit – Auf dem Weg zum unmündigen Bürger«, in: *Die Welt* (9. Mai 2013); online verfügbar unter: {<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article116042412/Tempolimit-Auf-dem-Weg-zum-unmuendigen-Buerger.html>}.

8 Bundesverband Rind und Schwein, »Verbotspolitik der Bundesregierung gefährdet Landwirtschaft« (23. Februar 2021); online verfügbar unter: {<https://www.rind-schwein.de/brs-news/verbotspolitik-der-bundesregierung-gefaehrdet-land.html>}.

9 Manfred Schulze, »VDA-Präsidentin: ›Fortschrittswachstum‹ statt Verbot und Verzicht«, in: *Deutsche Verkehrs-Zeitung* (6. Februar 2020); online verfügbar unter: {<https://www.dvz.de/logistik/automobillogistik/detail/news/vda-praesidentin-fortschrittswachstum-statt-verbot-und-verzicht.html>}.

ne zu profilieren. Bundesratsinitiativen werden von Bundesministern mit der Pauschalbegründung abgelehnt, es gebe schon »genug Verbote«. ¹⁰ Als seien grundsätzlich jedes Verbot und jedes weitere Verbot unangemessen.

Ein Höhepunkt dieser Polemik war die im Juni 2021 lancierte Anzeigenkampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Unter dem Titel »Annalena und die 10 Verbote« war dort die Spitzenkandidatin der Grünen im anlaufenden Bundestagswahlkampf als lächelnder Moses zu sehen, der in seinen Händen nicht die beiden Tafeln des Dekalogs, sondern zwei Tafeln mit zehn drohenden Verboten hielt. Nicht überraschend für eine Lobbygruppe, hinter der zu großen Teilen die Autoindustrie steckt, lautete das erste Verbot auf den Tafeln: »Du darfst kein Verbrennerauto fahren.« Das zweite: »Du darfst nicht fliegen.« Während manche der vermeintlichen anderen Verbote übliche neoliberale Positionen repräsentierten, erschlossen sich andere »Verbote« nicht wirklich. Wie beispielsweise das vierte Verbot: »Du darfst nicht schöner wohnen.« Bedrohlich mahnte das zehnte Verbot: »Du darfst nicht mal dran denken, dass mit 10 Verboten Schluss ist.« In einem extra Textkasten hieß es: »Die Verbote der Grünen lähmen unser Land.« Quer über das Bild des Grünen-Moses verhiß eine Banderole: »Wir brauchen keine Staatsreligion.« In der Version auf der Homepage der Initiative liest man darüber hinaus: »Grüne Verbote führen uns nicht ins Gelobte Land.« ¹¹

¹⁰ Alexander Kain, »Sonn- und Feiertagsverbot für Biker? Das sagt Minister Scheuer«, in: *Passauer Neue Presse* (25. Mai 2020); online verfügbar unter: {<https://www.pnp.de/nachrichten/politik/Sonn-und-Feiertagsfahrverbot-fuer-Biker-Das-sagt-Minister-Scheuer-3690588.html>}.

¹¹ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Anzeigenkampagne vom

Die fanatischen Gegner der Verbotspolitik kennzeichnet eine fatale Überzeugung: Der aktuelle Lebensstil muss nicht angepasst werden. Eine Politik ohne Verbote und Einschränkungen ist nicht nur möglich, sondern selbstverständlich. Damit verbunden ist die Vorstellung, die Herausforderungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung ließen sich durch innovativen technischen Erfindergeist und durch die rationalen Dynamiken des Marktes in den Griff bekommen – in jedem Fall ohne staatliche Einschränkungen und »Bevormundungen«. ¹² In diesem Zusammenhang wird gern der Begriff der Freiheit bemüht. Verbote und Verzicht verringerten die persönliche Freiheit – weniger in einem politischen als im Sinne je eigener Konsumententscheidungen.

Der damalige Fraktionschef der Union sah sich 2019 zu der Verlautbarung gezwungen, dass er sich nicht schäme, Menschen zu repräsentieren, die »mit einem Verbrennungsmotor unterwegs sind, Nackensteaks essen und fleißig sind«. Schließlich seien diese »das Rückgrat unserer Gesellschaft«. ¹³ Das Bild des »kleinen Mannes« (oder natürlich der »kleinen Frau«), der sich redlich abrackere und dem man wie dem Tabakverehrenden Lehrer Lämpel in *Max und Moritz* doch bit-

11. Juni 2021; online verfügbar unter: {<https://www.insm.de/insm/themen/soziale-marktwirtschaft/gruene-verbote>}.

12 »Wir könnten woanders CO₂ einsparen«, Interview mit Christian Lindner, in: *Wirtschaftswoche* (18. Januar 2019); online verfügbar unter: {<https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/christian-lindner-wir-koennten-woanders-co2-einsparen/23875948.html?ticket=ST-89923-l4H36fmbhwD4G2btQUOi-ap4>}.

13 »Brinkhaus: »Nackensteak-Esser sind das Rückgrat unserer Gesellschaft«, Redaktionsnetzwerk Deutschland (26. Januar 2020); online verfügbar unter: {<https://www.rnd.de/politik/brinkhaus-nackensteak-esser-sind-das-ruckgrat-unserer-gesellschaft-IAHT6BIBDBGYVGS46Z4ZJGWTEA.html>}.

te seine kleinen Freuden gönnen solle, ist in diesem Zusammenhang ein von allen »Volksparteien« gern genutzter Topos. Er hilft, um Verbotspolitik als sozial extrem ungerechten Eingriff in ein selbst erarbeitetes und damit zweifelsfrei wohlverdientes Konsumverhalten darzustellen.¹⁴ Verbotspolitik verliert so jede Berechtigung. Die besondere Spezies des im Schweiß seines Angesichts überlebenden Bürgers genießt absoluten Schutz und verdient maximale Freiheit. Sie darf nicht Ziel von Verboten und Verzicht sein. Die Überzeugung, der Staat dürfe das Leben und damit das Konsumverhalten seiner Bürger nicht regeln, ist jedoch nicht nur ein Glaubensgrundsatz bestimmter politischer Milieus. Sie ist mittlerweile tief in der Gesellschaft verankert.

Eine ehemalige Journalistin der *taz* schrieb im *Spiegel* unter dem Titel »Aus Trotz ein Steak. Im Flieger« eine Kolumne, die beispielhaft für das Phänomen ist, das man in der Psychologie als *Reaktanz* bezeichnet:

Ich esse nicht besonders gern Fleisch, habe kürzlich mein Auto verkauft und nie den Wunsch gehabt, ein Eigenheim mit Garten zu besitzen. Eigentlich. Aber in dem Augenblick, in dem ich diesen Tonfall höre, diesen ganz besonderen Tonfall, den ich als hochmütig und als übergriffig empfinde: In genau diesem Augenblick wünsche ich mir ein SUV, sechsmal in der Woche Steak und eine protzige Villa ohne Solardach. Aus Prinzip. Wenn Leute mich behandeln wie eine trotzige Heranwachsende, dann benehme ich mich auch so. Ist das vernünftig? Nein. Aber ich möchte einfach von niemandem

¹⁴ »Wir müssen auch beim Linksextremismus Grenzen deutlich aufzeigen«, Interview mit Raed Saleh und Franziska Giffey, in: *Der Tagesspiegel* (19. Oktober 2020); online verfügbar unter: {<https://www.tagesspiegel.de/berlin/interview-mit-berliner-spd-spitze-giffey-und-saleh-wir-muessen-auch-beim-linksextremismus-grenzen-deutlich-aufzeigen/26286036.html>}.

regiert werden, der oder die sich ein moralisches Urteil über meine Lebensführung erlaubt.¹⁵

Auch die Reaktionen auf die Corona-Maßnahmen haben diese Haltung unmissverständlich deutlich gemacht. Staatlich verordnete Verhaltensregeln wurden von manchen als illegitimer Eingriff in die autonomen Handlungsentscheidungen der Bürger zurückgewiesen. Das Wort »Freiheit«, verstanden als die Erlaubnis, trotz Ansteckungs- und eventuell Lebensgefahr alles tun und lassen zu können, was man möchte, wurde bei Protesten ebenso oft bemüht wie der Begriff und das Schreckensbild der vermeintlich existierenden oder unmittelbar bevorstehenden Diktatur. Die Steigerung war dann der Vergleich mit den Bevormundungen des SED-Regimes der DDR. Die Bewegung der sogenannten Querdenker zeichnet sich dadurch aus, sich nichts vorschreiben lassen zu wollen. In einer demokratischen Regierung erblickt sie eine Tyrannendespotie, die es wagt, Konsumfreiheiten einzuschränken.

Die extreme Haltung, als Individuum im Namen der eigenen Freiheit ungestört tun und lassen zu können, was man will, sich weder einschränken zu müssen noch sein Verhalten zum Nutzen des Allgemeinwohls anzupassen, hat sich über die letzten Jahre immer stärker und in allen Lebenslagen verbreitet. Eine Richterin am Bundesgerichtshof stellte in einem Interview erstaunt fest: »Es ist doch eine Binsenweisheit, dass meine Freiheit immer nur so weit reicht, bis sie die Sphäre der anderen berührt. Ich wundere mich, dass man

15 Bettina Gaus, »Grüne Erziehungsmaßnahmen: Aus Trotz ein Steak. Im Flieger«, in: *Der Spiegel* (20. Mai 2021); online verfügbar unter: {<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/aus-trotz-ein-steak-im-flieger-a-e18c9f8b-750f-4cff-8a99-a8cbd64ba80f>}.

es als Zumutung empfindet, sich ein wenig einzuschränken im Interesse der anderen.«¹⁶ Die empfundenen Zumutungen lauten Verbot und Verzicht.

Die nach dem WBGU-Gutachten fast schon wieder eingeschlafene Transformationsdebatte bekam mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens sowie der Festlegung universeller Nachhaltigkeitsziele durch die Vereinten Nationen (*sustainable development goals*) im Jahr 2015 einen neuen und diesmal erstmalig recht konkreten Handlungsrahmen. Kurze Zeit später formierte sich Fridays for Future und demonstrierte der Welt, dass das Wissen um den Klimawandel sowie die Erfahrung ausbleibender Transformationsbemühungen bei gleichzeitiger Verschlechterung elementarer Parameter des Erdsystems eine neue Form sozialer Bewegung hervorrufen kann. Diese bildet nicht nur einen drohenden Generationenkonflikt ab, sondern fordert auch vor dem Hintergrund der Erfahrung der Extremsommer 2018 und 2019 mit historisch neuer Vehemenz klare politische Maßnahmen, die transformativ wirken und Verbot und Verzicht beinhalten.

Der Widerstand gegen eine solche Politik wurde jedoch umso lauter, je organisierter sich Fridays for Future bemerkbar machte. Ein ehemaliger Verfassungsrichter zeigte sich in einer Publikation 2019 nicht nur besorgt ob des Rechtsbruchs durch das freitägliche Schuleschwänzen, sondern ebenso leidenschaftlich wie die Kritiker des WBGU-Gutachtens gut ein Jahrzehnt zuvor ob eines möglichen Abgleitens in eine »Ökodiktatur.« Der Staat dürfe die Bürger nicht mo-

16 »Zumutungen bleiben nicht aus, wenn Menschen eng zusammenleben«, Interview mit Christina Streseemann, in: *Süddeutsche Zeitung* (23./24. Januar 2021), S. 56.

ralisierend mit »einer Flut von Ge- und Verboten« überziehen, so sein Fazit.¹⁷

Kaum jemand wird bestreiten, dass Verbote ein sinnvolles Instrument der Verhaltenssteuerung sind. Das Gleiche gilt für die Aufforderung zum Verzicht bei Überbeanspruchung einer Ressource. Dass jedoch viele Menschen der Meinung sind, Verbot und Verzicht seien im Grunde keine legitimen staatlichen Instrumente und der individuelle Konsum im Namen der Freiheit sei unantastbar, zeigt, wie stark sich die Ideale des Neoliberalismus in den Köpfen festgesetzt haben. Es sollte daher nicht überraschen, dass es in diesem Buch in großen Teilen um die Geschichte, Konzepte, Strategien und Akteure des Neoliberalismus geht.

Der Grundgedanke des Neoliberalismus lautet, dass das Allgemeinwohl maximal gefördert wird, wenn sich möglichst alle sozialen Transaktionen an der Marktlogik des Wettbewerbs ausrichten. Der Staat soll nur die Rahmenbedingungen für das Funktionieren von Märkten setzen und sich ansonsten am besten aus allem heraushalten. Der Markt wird idealisiert, der Staat verteufelt. Der Markt ist effizient, der Staat ist es nicht. Der Markt schafft Freiheit, der Staat nimmt sie. Der Markt ist der Tummelplatz des wichtigsten Akteurs der neoliberalen Welt: des autonomen Individuums, das tagtäglich bemüht ist, auf der Suche nach dem Glück seinen Eigennutz zu maximieren. Der Neoliberalismus zielt auf »die Entzauberung der Politik durch die Wirtschaft«.¹⁸

17 Hans-Jürgen Papier, *Die Warnung. Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird*, München 2019.

18 William Davies, *The Limits of Neoliberalism. Authority, Sovereignty and the Logic of Competition*, London 2017 [2015]. Sofern auch im Rest des Textes nicht anders angegeben, handelt sich bei Zitaten aus Originalversionen um eigene Übersetzungen des Autors.